

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 6

Artikel: Autoritäre oder demokratische Gesinnung
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Autoritäre oder demokratische Gesinnung

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Zwei große Gegensätze beherrschen das öffentliche und politische Leben von heute: Auf der einen Seite die Diktatur einzelner über ganze Völker und auf der andern Seite die Demokratie, das heißt die Anteilnahme des Volkes an der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Heute treten diese Gegensätze stärker in Erscheinung als vor Jahrzehnten. Der Faschismus und die Reaktion in einzelnen Staaten haben dies verursacht.

Interessanterweise ist eine Nebenwirkung aus dem Machtaufstieg des Faschismus hervorgegangen: *Man redet auch in Demokratien* und bei Leuten, die sonst die Diktatur ablehnen, davon, daß eine *autoritäre Staatsführung* notwendig sei. In den Parteien gibt es Leute, die ebenfalls einer autoritären Führung rufen. Das alles sind Konzessionen an den Machtaufstieg des Faschismus.

Es ist deshalb die Frage zu untersuchen, ob ein Staat, der demokratisch organisiert ist, ungestraft Konzessionen an die autoritäre Staatsauffassung machen kann, und ob eine Partei, die auf dem Boden der Demokratie steht, ungestraft in dieser Richtung Konzessionen machen kann.

Sicher sind die meisten Anhänger der Demokratie darin einig, daß der *Abbau der Volksrechte* durch einen demokratischen Staat *den Staat schwächt*, seine Widerstandskraft lähmt und damit nicht nur die innere Struktur verändert, sondern auch die Existenz des Staates bei politischen Erschütterungen in Frage stellt.

Was aber für den Staat gilt, *das gilt auch für eine Partei*.

Je mehr eine Partei, welche von den Grundsätzen der Volksherrschaft ausgegangen ist, dazu kommt, die demokratischen Einrichtungen zu vernachlässigen und eine autoritäre Führung mit möglichst großen Machtvollkommenheiten auszurüsten, um so rascher geht der Einfluß dieser Partei auf das Denken der Menschen verloren.

Die große Französische Revolution hatte auf ihre Fahnen »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« geschrieben. Der dritte Stand kam 1789 zur Macht, weil er getragen war von der freiheitlichen Gesinnung der Menschen, die unter dem Absolutismus litten. Die Organisationen der revolutionären Parteien nahmen tätigen Anteil an der *Entscheidung* aller öffentlichen Fragen. In den Klubs der verschiedenen Revolutionsparteien wurde eifrig und freiheitlich diskutiert. *Nicht von oben herab* wurde ein Stichwort als Parole herausgegeben, die einfach befolgt werden mußte; sondern von unten kamen die Anregungen. *Je mehr aber die Macht in die Hände kleiner Gruppen kam, je mehr sich diese bemühten, ihre Entscheidungen mit allen Mitteln des revolutionären Staates durchzusetzen, je stärker die Unduldsamkeit und der Terror wurden, je mehr man in einem Andersdenkenden innerhalb der revo-*

lutionären Parteien einen Gegner und ein Hindernis für die Verwirklichung der Revolution erblickte, um so mehr erlosch jede sachliche Diskussion.

Man orientierte sich nach *Personen*. Man grupperte sich um einzelne Träger der Gewalt. Das Volk schied je länger je mehr aus den Entscheidungen aus. Die sachliche Diskussion in den Klubs hörte auf. So erstarb das eigentliche demokratische Leben in den revolutionären Parteien. Es war deshalb nicht schwer, schließlich auch den Diktator Robespierre zu stürzen und ihn mit seiner engsten Anhängerschaft hinrichten zu lassen.

II.

Eine Partei, die ihre Anhänger im Sinne der autoritären Führung und der Diktatur erzieht, hat mehr Aussichten, eine Diktatur *vorläufig* halten zu können, als eine Partei, die demokratisch aufgebaut ist und die Ideale der Volksherrschaft vertritt, denn die Anhänger einer demokratischen Partei lassen sich die Diktatur nicht gefallen. Sie rebellieren gegen die eigene Führung oder sie ziehen sich, wie das in der Französischen Revolution der Fall war, von jenen Gruppen zurück, welche die Diktatur durchführen.

In Ländern, die Jahrhunderte der Tyrannie und der Diktatur hinter sich haben, ist es für eine Diktatur leichter, sich zu halten, als in jenen Ländern, die längere Zeit demokratisch regiert wurden und in denen das Volk eine demokratische Gesinnung entwickelt hat.

Die Schweiz gehört zu den Staaten mit einer stark entwickelten Demokratie. Bei uns hat das Volk jahrhundertelang für seine Freiheitsrechte gekämpft. Im 19. Jahrhundert wurde die Demokratie stark ausgebaut. Diese Entwicklung ist eine der großen Errungenschaften unseres Landes. Das Schweizervolk lehnt deshalb auch alle Versuche, die in der Richtung der Beschneidung der Volksrechte gehen, ab. (Lex Häberlin, faschistische Totalrevision usw.)

Diese Tatsache zeigt, daß eine Partei, welche demokratische Auffassungen vertritt, auch *innerhalb* der Partei demokratischen Gedanken weitestgehende Möglichkeiten schaffen muß, um im Volke verankert zu sein.

Solange die Freisinnig-Demokratische Partei unseres Landes die Demokratie auszubauen bestrebt war, solange die Freisinnig-Demokratische Partei das *Mitspracherecht des Volkes* bei ihren Entscheidungen forderte, solange die Freisinnig-Demokratische Partei nicht von einzelnen kapitalistischen Gruppen immer stärker beeinflußt wurde, so lange besaß sie das Vertrauen unseres Volkes in weitem Maße. Der Niedergang der Freisinnig-Demokratischen Partei ist nicht die Folge des Proporz oder irgendeines Wahlsystems, sondern die Folge des *Ueberwucherns kapitalistischer Interessen und autoritärer kapitalistischer Methoden*. Wenn man bedenkt, daß prominente Vertreter bürgerlicher Parteien die Auffassung vertreten, daß heute die Volksrechte zu weit gehen und daß das, was in den 40er und 70er Jahren des verflossenen Jahrhunderts an Volksrechten geschaffen wurde, damals gut

war, heute aber beseitigt werden müßte, dann sieht man, wie stark die *Abkehr von demokratischen Gepflogenheiten* in diesen Parteien ist.

III.

Es gibt Leute, die der Meinung sind, je größer eine Partei sei, um so straffer und autoritärer müsse ihre Führung sein. *Diese Leute verkennen die Erfahrungen aus aller bisherigen Entwicklung.* Sicher ist, daß eine kleine oppositionelle Partei leichter hat, eine einheitliche Linie zu verfolgen und geschlossener vorgehen kann, als das unter Umständen eine große Partei tun kann.

Nun gibt es eine Auffassung, die dahin geht, daß die Geschlossenheit und absolute Disziplin die Größe einer Partei und die Stärke ihres Einflusses garantiere. Diese Auffassung ist nur bedingt richtig. Die *Geschlossenheit* nützt einer Partei immer dann, wenn sie aus dem Fühlen und Denken und aus der *lebendigen Anteilnahme* der Parteimitglieder resultiert. Dann entwickelt sich von selbst eine wirkliche Disziplin bei allen Aktionen der Partei. Wenn aber die Geschlossenheit und die Disziplin nur erreicht werden können dadurch, daß man von einer *Zentrale* aus das selbständige Handeln und Denken erschwert und verhindert, daß man Parolen ausgibt, die befolgt werden müssen wie die Diktate eines absoluten Herrschers, dann ist die *Geschlossenheit kein Ausdruck der Stärke, sondern sie ist der Ausdruck einer absterbenden, überalterten Partei*, die mit technischen Mitteln versucht, ihren Einfluß aufrecht zu erhalten.

IV.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat in der Vergangenheit die großen Ideale der freiheitlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts vertreten. Sie hat um die *Mehrung der Volksrechte und Volksfreiheiten* gekämpft. Sie hat gegen die *Unterdrückung des Menschen durch den Menschen* nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete gekämpft. Die Sozialdemokratische Partei hat eine allumfassende *Volksgemeinschaft auf dem Boden einer kollektiven Wirtschaftsordnung* angestrebt. Sie hat eine *planmäßige Ausgestaltung* unserer Wirtschaft gefordert; um die kapitalistische Anarchie der Produktion zu überwinden. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist groß und stark geworden; nicht deshalb, weil sie die wirtschaftlichen Interessen des einzelnen vertrat, sondern weil sie die *hohen Ideale* einer freiheitlichen Weltanschauung verfochten hat. Natürlich hängen Wirtschaft und Politik zusammen. Aber wenn man nur die engsten wirtschaftlichen Interessen eines Menschen zum Inhalt des Strebens einer politischen Volksbewegung machen wollte, dann würde das die Auflösung der Volksgemeinschaft bedeuten, dann würden die kleinlichen Interessen des einen Kreises den Interessen eines andern kleinen Kreises zuwiderlaufen und die zerstörenden Eigenschaften (Neid, Mißgunst usw.) fördern. Eine Volksbewegung steigt aber nur auf, wenn sie die großen Linien der Entwicklung versteht und im Sinne dieser Entwicklung arbeitet.

So wird auch die Sozialdemokratische Partei unseres Landes sich als eine Partei, die eine *wirkliche Weltanschauung* hat, weiter entwickeln; sofern diese Weltanschauung in den Köpfen und Herzen ihrer Anhänger verankert ist und den entscheidenden Motor der Bewegung darstellt.

Damit das aber der Fall ist, ist eine *weitestgehende Demokratie innerhalb der Partei unerlässlich*. Weil die Schweiz sich im Laufe der Jahrhunderte zu einem Volksstaat entwickelt hat, aber trotzdem das *Eigenleben der Gemeinden und Kantone* weiter führte, liegt eines der stärksten Betätigungsgebiete auch der Sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden und in den Kantonen. Die Verhältnisse sind trotz der starken wirtschaftlichen Gleichschaltung durch den Kapitalismus in den Kantonen nicht dieselben. Deshalb kann auch kein Schema für politisches Verhalten erfolgreich sein.

Diejenige Partei wird am stärksten sein, der es gelingt, ihre Verbundenheit mit dem Volke fortwährend weiter zu entwickeln.

V.

Damit kommen wir auf das Problem jenes großen Gegensatzes zu sprechen, der sich auf politischem Gebiete zwischen der lebendigen Demokratie und dem autoritären Staate zeigt.

Jener Volksbewegung oder Partei wird in der Schweiz die Zukunft gehören, die es versteht, die demokratischen Gedanken der Vergangenheit weiter zu entwickeln und eine lebendige Masse, die aktiv am Geschehen Anteil nimmt und aktiv am Aufbau mitwirkt, als Gefolgschaft zu haben.

Diesem Streben stehen verschiedene Faktoren entgegen. Einmal wird jede *Zentralisation* in der Organisation in sich die Gefahr bergen, daß das selbständige Leben in den Massen draußen an Bedeutung verliert und unter Umständen ganz erlischt. Nicht eine gewaltige Organisation mit einem zentralen Apparat garantiert den Erfolg einer großen Sache, sondern dies garantiert nur die Steigerung der Anteilnahme bei den Massen. So wichtig die Organisation ist, weit wichtiger ist letzten Endes das *wirkliche Leben* in den Massen draußen und deren Gesinnung. Wenn man bedenkt, wie bei der Organisation der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratischen Partei das Eigenleben in den Massen draußen mehr und mehr verdrängt wurde und wie die Widerstandskraft dieser gewaltigen Masse damit abnahm, dann hat man ein Beispiel dafür, wohin eine autoritäre Zentralisation führt.

Damit kommen wir zu der wichtigen Frage, ob brennende Probleme von einer Instanz zu lösen sind oder durch die etwas langsamere und schwerfälliger Methode, das ganze Volk mit diesen Problemen vertraut zu machen und mit seiner Hilfe die entscheidenden Beschlüsse zu fassen. Wenn man Instanzen mit diesen großen Entscheidungen betraut, dann besteht immer die Gefahr, daß erstens die *Entscheidungen nicht der wirklichen Entwicklung* und dem Reifegrad des politischen Denkens der Massen entsprechen und daß die Durchsetzung der Entscheide nachher auf das *Mißtrauen weiter Kreise* stößt und daß sich eine Kluft zwischen

den einzelnen Instanzen und den Massen auftut. Natürlich verliert man dadurch, daß man die Massen mit dem Problem am Anfang schon bekannt macht, Zeit. Weil die Probleme aber oft brennende sind, möchte man sie rasch entscheiden. Es ist aber immer ein Trugschluß, wenn man eine wirkliche Entscheidung durch die Massen aus angeblichem Zeitmangel umgeht und nur Parolen und Diktate herausgibt. Der Weg des Aufstieges wird immer von unten auf gehen und nie von oben herab. Das gilt nicht nur für Staaten und für Völker, sondern das gilt auch für Parteien.

Je mehr man der *Technik des Beherrschens großer Volksmassen* Konzessionen macht, je mehr man versucht, zu schematisieren, je mehr man, statt die Mitarbeit zu fördern und das Denken anzuregen, dazu übergeht, den Leuten einfach Rezepte zu geben, die sie zu befolgen haben, *um so mehr entfernt man sich vom wirklichen Leben, um so mehr wird sich eine Partei von der Masse entfernen und ihrem Niedergang entgegengehen.*

Wesentlich ist, daß die Politik *sachlich* betrieben wird. Es kommt nicht darauf an, wer etwas sagt, sondern *was er sagt*. Wenn der deutsche Faschismus seine Verkörperung in Adolf Hitler erblickt und ihm deshalb absolute Befehlsgewalt gibt, dann ist dies ein Beweis dafür, wo jede Diktatur endet. Sie macht einen Menschen, der sich irrt und immer wieder irren wird, zu einem *unfehlbaren* Gott. Jede demokratische Partei wird es ablehnen, darüber zu diskutieren, ob ein Parteiführer die Partei verkörpere oder nicht. Sie wird nie deshalb, weil ein führender Politiker eine bestimmte Auffassung hat, unbesehen und ohne Prüfung seine Vorschläge gutheißen; sondern sie wird seine Auffassung überprüfen, wie jede andere auch. Wenn eine demokratische Partei bereits eine große Zahl von Anhängern zählt, die *nicht mehr selber denken*, sondern *nur auf ein Schlagwort warten*, oder von Anhängern, die der Meinung sind, man dürfe aus *Prestigegründen* keine andere Entscheidung fällen, als sie der oder jener wünscht, dann ist diese Partei bereits auf dem Abstieg begriffen. Sie wird aber als demokratische Partei sich nie in eine autoritäre Partei verwandeln können. Andernfalls wird das Vertrauen in weiten Schichten des Volkes verloren und damit ist der Anfang vom Ende da.

Ein wirklicher Führer einer demokratischen Partei wird den Neigungen einer Umgebung, die ihm schmeichelt und die damit die Grundlagen der Partei zerstört, mit aller Energie im Interesse der Sache selbst entgegentreten.

Zu einer sachlichen Politik gehört auch, daß man die *Vorschläge und Auffassungen des Gegners sachlich würdigt*. Nicht deshalb, weil etwas von einem politischen Gegner kommt, ist es zum voraus minderwertig und unbrauchbar. Es kann auch der Gegner vernünftige und gute Vorschläge machen. Eine Partei, die ohne Rücksichtnahme auf den Ursprung des Gedankens diesen Gedanken sachlich überprüft, wird im Volke draußen einen weit besseren Boden haben als eine Partei, die nur nach Ursprungszeugnissen urteilt. Wenn demokratische Parteien das, was der Gegner vertritt, sachlich prüfen, dann sind unter Umständen

gemeinsame Aktionen für den Fortschritt möglich, ohne daß es sich um Kompromisse handelt, die von führenden Personen im *engen Zirkel* geschlossen werden und unter Umständen der Demokratie schweren Schaden zufügen.

Zur sachlichen Politik gehört auch, daß man nicht mit den billigen Mitteln arbeitet, welche die diktatorisch orientierten Parteien anwenden, indem sie versuchen, den Gegner lächerlich zu machen, indem sie versuchen, seine Auffassung als Zerrbild widerzugeben, indem sie seine Ansichten entstellen. Sicher können solche Methoden jenen nützen, die eine autoritäre Auffassung vertreten, aber niemals werden sie einer demokratisch orientierten Partei nützen.

Das Vertrauen innerhalb einer Partei wächst, wenn die Parteiangehörigen das Gefühl haben, daß sie in ernster Mitarbeit an den hohen Zielen der Bewegung tätig sein können. Das Vertrauen wächst, wenn die Sachlichkeit im Vordergrund jeder Tätigkeit steht. Es ist genau dasselbe wie im Staate. Je mehr eine Regierung das Volk ausschaltet, weil sie ihm mißtraut, und es *vor vollendete Tatsachen* stellt, um so größer wird das Mißtrauen des Volkes. Je mehr eine Regierung mit dem Volke Hand in Hand arbeitet und auch einen Fehlentscheid des Volkes hinnimmt, um so größer wird das Vertrauen des Volkes zu dieser Regierung sein.

VI.

Mit den vorstehenden Ausführungen wollten wir zeigen, wie sehr eine Partei nicht nur ihre eigene Entwicklung fördert, sondern auch die demokratische Entwicklung des Staates, wenn sie sich jederzeit bewußt ist, wie notwendig es ist, *alle Maßnahmen abzulehnen, welche der autoritären Gesinnung Vorschub leisten.*

Wir haben damit das Problem keineswegs erschöpft, sondern nur kurz skizziert.

Aber wir glauben, daß es für jeden klar ist, daß es keine Möglichkeiten gibt, autoritäre Maßnahmen mit demokratischer Gesinnung zu vereinigen und daß die lebendige Demokratie und damit der endgültige Sieg der Menschwerdung nur gefördert werden kann, wenn man in der heutigen Zeit überall für die hohen Ideale der Freiheit und der Anteilnahme am Gesamtwohl eintritt und wenn man alle öffentliche Tätigkeit als einen Dienst an den großen Zielen der Menschheit und der staatlichen Gemeinschaft auffaßt.

Teure Krisenpolitik

Von Dr. Eugen Steinemann

Als letztes und entscheidendes Argument wird den Abbaugegnern immer vorgeworfen, ihre Politik der Arbeitsbeschaffung, der aufbauenden, planwirtschaftlichen Krisenbekämpfung sei so teuer, daß sie sich das Schweizervolk niemals leisten könne. Dies Argument wird so oft und hartnäckig wiederholt, daß es von ökonomisch Ungeschulten und